Wermuths Kandidatur sorgt für Kritik

Die kantonalen Parteispitzen reagieren unterschiedlich auf die Pläne des Aargauer Nationalrats, der von Zofingen nach Luzern zieht.

Philipp Zimmermann und Philipp Herrgen

SP-Co-Präsident Cédric Wermuth zieht von Zofingen nach Luzern um, will 2027 aber erneut im Aargau für den Nationalrat kandidieren. Wermuth begründet das mit seiner politischen Herkunft im Aargau und damit, dass dies erlaubt ist. Doch was halten die Aargauer Parteipräsidenten davon?



Cédric Wermuth, hier 2022 bei der Übergabe von Unterschriften aus dem Kanton vor dem Bundeshaus, bleibt dem Aargau trotz Umzug politisch verbunden. Bild: Keystone

SVP-Glarner: «Unschön, aber zulässig»

«Es ist unschön, aber zulässig», sagt SVP-Präsident Andreas Glarner, selbst Nationalrat. «Bei den nächsten Wahlen muss der Bürger entscheiden, was er davon hält.»

Glarner spricht selbst SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher an. «Das ist ein ähnlicher Fall. Sie hat aber von Anfang an in Graubünden kandidiert», sagt er. Martullo-Blocher lebt im Kanton Zürich, politisiert hingegen für den Kanton Graubünden im Bundesparlament. Ihre Firma, die Ems-Chemie AG, hat ihren Sitz im bündnerischen Domat/Ems.

Grünen-Kälin: Die Aargauer Wähler haben das letzte Wort

Für Irène Kälin, Präsidentin der Grünen und Nationalrätin, ist die rechtliche Situation entscheidend. Wermuth könne «rechtlich einwandfrei kandidieren, auch wenn er in Luzern wohnt».

Ob dies politisch klug ist, sei eine andere Frage, sagt sie. Darüber hätten letztlich die Aargauer Stimmberechtigten zu entscheiden.

Wie die Grünen mit einem vergleichbaren Fall umgehen würden, lässt Kälin offen. Die Frage sei hypothetisch. Es käme stark auf die individuelle Situation an.

FDP-Freiermuth: Der Lebensmittelpunkt gehört in den Aargau

FDP-Präsidentin Sabina Freiermuth verweist ebenfalls zunächst auf die rechtliche Situation: «Zumindest ist es gesetzlich nicht verboten.» Ob eine Kandidatur Wermuths für den Aargau trotz Wohnsitz in Luzern sinnvoll sei, müssten er, seine Mitkandidierenden und seine Partei beurteilen. Letztlich entschieden die Wählerinnen und Wähler, «ob es ihnen gefällt».

Für ihre eigene Partei vertritt Freiermuth eine klarere Haltung: «Persönlich bin ich der Meinung, dass der Lebensmittelpunkt eines Kandidaten oder einer Kandidatin im Kanton zu sein hat, für welchen er oder sie alsdann im Nationalrat politisiert.»

Einen vergleichbaren Fall habe es bei der FDP Aargau ihres Wissens allerdings noch nie gegeben. Entscheiden müsste dann die Geschäftsleitung der Kantonalpartei. Mit Blick auf Wermuths bereits erfolgte Nomination fügt Freiermuth aber an: Wäre bei der Nomination ein späterer Wegzug nicht bekannt gewesen, könne sie sich gut vorstellen, «dass unsere Parteimitglieder eine Wiederholung der Nomination verlangen würden».

Die SP Aargau verabschiedet ihre Liste am 7. November. «Dann wäre natürlich ein entsprechender Antrag möglich, falls mich jemand streichen möchte», sagt Cédric Wermuth dazu.

Mitte-Saner: Jeder Fall muss einzeln beurteilt werden

Mitte-Co-Präsidentin Edith Saner bezeichnet einen solchen Fall als «Herausforderung». Wenn ein Mitglied des Bundesparlaments in einem anderen Kanton wohne als in jenem, für den es gewählt wurde und politisch tätig sei, müsse die Situation sorgfältig geprüft werden.

Dabei komme es stark auf den konkreten Fall an: etwa wie lange die betreffende Person politisch aktiv und in der Partei engagiert sei. Die Nomination selbst erfolge unter Einbezug der Parteimitglieder. «Somit können wir nicht sagen, wie wir reagieren oder vorgehen würden», lässt Saner deshalb offen.

EVP-Minder: Wie lange nach Wegzug gerechtfertigt?

EVP-Präsident Christian Minder sieht in Wermuths Kandidatur trotz Wegzug zunächst kein Problem. Wermuth lebe seit seiner Kindheit im Aargau und sei mit dem Kanton verbunden. Es stelle sich allerdings die Frage, wie lange eine solche Kandidatur nach einem Wegzug noch gerechtfertigt sei. «Ich finde, maximal für die nächste Legislatur.» Eine Konstellation wie bei Magdalena Martullo-Blocher würde er nicht unterstützen.

Ob die EVP jemanden in derselben Lage nominieren würde, sei offen. Minder persönlich würde eine solche Kandidatur der Parteiversammlung empfehlen.

EDU-Haldimann: Kein Listenplatz ohne Aargauer Wohnsitz

Deutlich kritischer äussert sich Roland Haldimann von der EDU. Er finde es «sehr befremdend», wenn jemand für den Aargau kandidiere, aber nicht dort wohne. Ein Kandidat müsse im Kanton wohnen und die Sorgen der Bevölkerung kennen.

Für die EDU schliesst Haldimann eine solche Kandidatur aus. Die Partei würde niemanden auf ihre Wahlliste nehmen, der ausserhalb des Aargaus wohnt.

Bezirkswechsel im Grossen Rat: Wiederwahl gelingt nicht immer

Auch Mitglieder des Grossen Rats ziehen während einer Amtsperiode gelegentlich in einen anderen Bezirk. Das ist rechtlich zulässig. SVP-Grossrat Stefan Giezendanner wechselte vom Bezirk Zofingen nach Baden und wurde dort 2024 wiedergewählt. Daniel Urech (SVP) zog 2025 kurz nach seiner Wiederwahl im Bezirk Muri von Sins nach Niederlenz im Bezirk Lenzburg.

Ende 2019 rückte Cécile Kohler (CVP) für Marianne Binder in den Grossen Rat nach. Sie hatte 2016 im Bezirk Baden kandidiert, war inzwischen aber von Künten nach Lenzburg gezogen. Bei den Wahlen 2020 trat sie im Bezirk Lenzburg an und verpasste die Wiederwahl.

Dasselbe Schicksal ereilte Wolfgang Schibler (SVP). Der frühere Gemeindepräsident von Bettwil im Bezirk Muri zog nach Buchs im Bezirk Aarau. Bei den Grossratswahlen 2016 wurde er nicht wiedergewählt.

GLP-Präsident Philippe Kühni war für eine Stellungnahme bis zur Publikation nicht erreichbar.

Auf Bircher folgt Schoop: Wechsel an Spitze der Winterhilfe

Nach fünf Jahren gibt Martina Bircher das Präsidium an den Unternehmer und baldigen Nationalrat Adrian Schoop ab.

Martina Bircher, damals noch Frau Vizeammann von Aarburg und SVP-Nationalrätin, wurde vor fünf Jahren Präsidentin der Aargauer Winterhilfe. Wichtig war ihr, dass die traditionsreiche Organisation armutsbetroffene Aargauerinnen und Aargauer «unkompliziert und immer mit dem Fokus auf das Wesentliche unterstützt», wie sie rückblickend sagt.

«Fünf Jahre als Präsidentin der Winterhilfe Aargau zeigten mir, dass Armut oft nicht sichtbar, aber doch für viele harte Realität ist.» Die vielen Dankeskarten und Kinderzeichnungen hätten sie berührt. «Das Wissen, dass gerade auch Kinder von Armut betroffen sind, nehme ich auch als Bildungsdirektorin sehr ernst», so Bircher weiter.



Zum Abschied als Präsidentin der Winterhilfe gab es für Martina Bircher Blumen; das Amt übernommen hat Adrian Schoop. Bild: zvg

Solidarität und Eigenverantwortung

Für Adrian Schoop ist die Winterhilfe gemäss einer Mitteilung seit jeher eine Institution, die beweist, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht allein Aufgabe des Staates ist: «Eine funktionierende Gesellschaft lebt davon, dass Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Die Winterhilfe verbindet genau diese Werte: Solidarität, Eigenverantwortung und pragmatische Hilfe», sagt er.

Auch künftig spiele die Winterhilfe deshalb eine wichtige Rolle: «Als Politiker sehe ich oft die Tendenz, bei jeder Herausforderung sofort nach dem Staat zu rufen», so der Unternehmer weiter. «Mir ist das Subsidiaritätsprinzip besonders wichtig: Aufgaben und Probleme sollen möglichst direkt bei den Menschen gelöst werden. Was Familien, Vereine und private Organisationen leisten können, soll nicht unnötig der Staat übernehmen.»

Die Winterhilfe zeige, wie das in der Praxis funktioniere: «Sie hilft gezielt und unbürokratisch, lindert Notlagen und stärkt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt», sagt Schoop, der nach der Wahl Maja Rinikers in den Regierungsrat bald in den Nationalrat nachrückt.

Neu in den Vorstand der Winterhilfe gewählt wurde anlässlich der Mitgliederversammlung in Wohlen Esther Lang. Sie ersetzt Anela Perkovic, die zurückgetreten ist. *(pp/az)*